

Projekt: **VWA**
Thema: **WS 2006/07**

Empfänger:
Absender: **Dittmar Nagel**

Anlage-Datum: **05.12.2006**
Status-Datum: **09.12.2006**

Franz: Jahreswirtschaftsgutachten des Sachverständigenrats 2006/07

„Widerstreitende Interessen – ungenutzte Chancen“

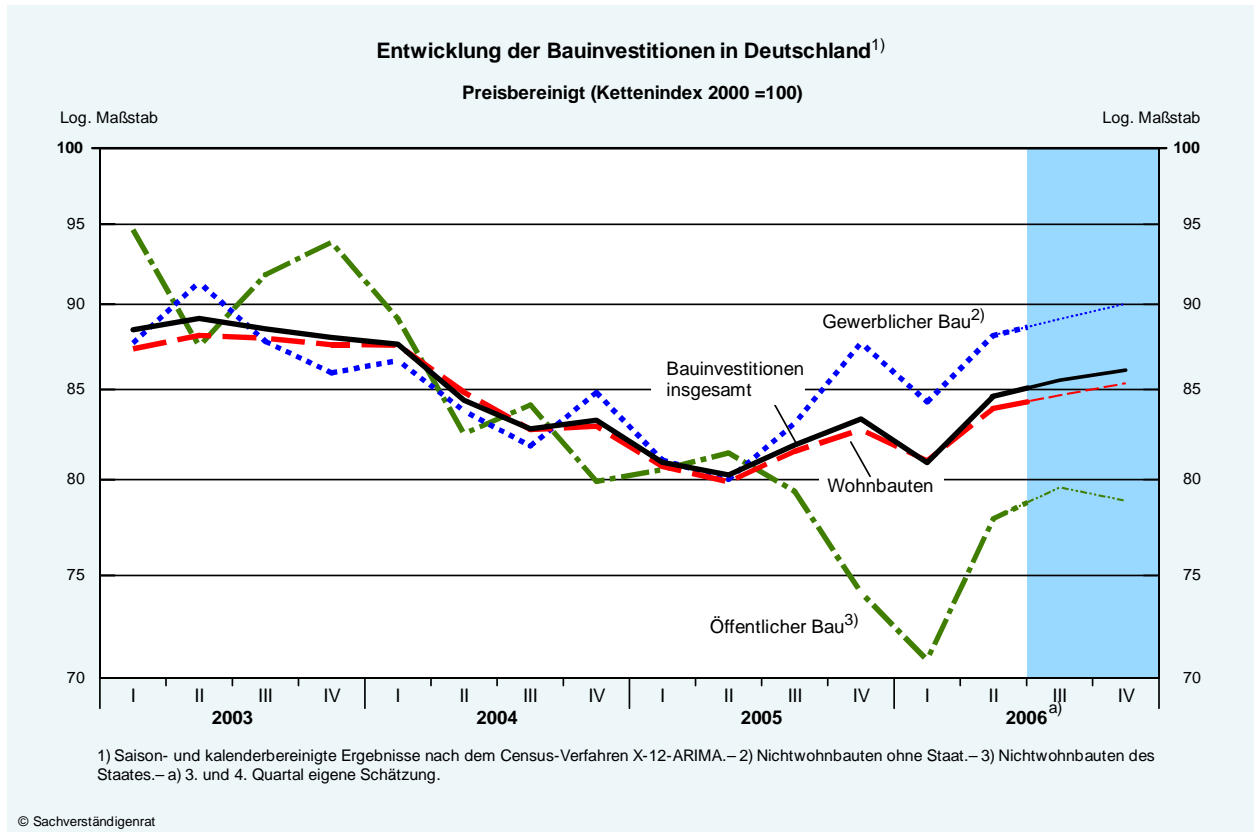
4.12.2006

- erste Vorstellung des Jahresgutachtens seit ca. 25 J. traditionell in Köln
 - seit 2000 das erste Mal mit realem BIP von ca. 2,4% präsentable Konjunkturerholung
 - „Ungenutzte Chancen“, da besitzstandsfeindliche aber notwendige Strukturreformen unterblieben
⇒ gerade bei sich bessernden Konjunkturdaten wären besonders verträglich Reformen durchzusetzen
 - der SVR wurde aufgrund eines von Ludwig Erhard gegen den Widerstand Konrad Adenauers (der eine „Nebenregierung“ befürchtete) durchgesetzten Gesetzes gegründet und hat u.a. auch die Aufgabe, die Urteilsbildung der Öffentlichkeit zu unterstützen
-

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz (ZEW – Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung)

- es gibt einen „Sachverständigenrat für Umweltfragen“, der ebenfalls ein Jahresgutachten erstellt
- trotz großer Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat hat es bislang nur zu einer durchwachsenden Wirtschaftspolitik gereicht
⇒ positiv zu bewerten
 - Rentenaltererhöhung
 - 1. Stufe der Föderalismusreform
 - Kürzung ungerechtfertigter Steuervorteile
⇒ negativ zu bewerten
 - AGG
 - Einführung der „Reichensteuer“
 - Gesundheitsreform
 - Unternehmenssteuereform
- im Bezug auf die **MwSt-Erhöhung** auf 19% gibt es zwei widerstreitende Effekte:
Vorzieheffekte und **Konsumsenkung** aufgrund sinkender Realkaufkraft des Lohns; während 2006 noch beide Effekte wirken und ersterer überwiegt wird es 2007 ausschließlich eine Konsumsenkung geben
- die derzeitige Konjunkturerholung folgte dem **Muster zurückliegender Aufschwünge**: gute Exporte → erhöhte Investitionen → Steigerung privaten Konsums → Erholung am Arbeitsmarkt
⇒ wir werden Ende 2006 ca. 26,6 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte haben
- statt der 2005 prognostizierten 1% wurden nun 2,4% BIP-Steigerung daraus; Gründe:
⇒ Weltwirtschaft kühlte nicht so stark ab
⇒ die Ölpreisentwicklung hat nicht so stark auf den privaten Konsum durchgeschlagen
→ zudem gab es parallel zur Ölpreissteigerung eine starke Importtätigkeit der ölexportierenden Länder, was uns wieder zugute kam
⇒ das statistische Bundesamt korrigierte seine 2005er Zahlen des BIP Mitte 2006 erheblich
⇒ der SVR nutzt für seine Prognose nur bereits beschlossene Gesetze – die MwSt-Erhöhung war z.B. 2005 noch nicht beschlossen

- die **Bauinvestitionen** werden 2006 wohl um 2,5% und 2007 um 1,5% steigen



- im **Gutachten** werden wesentlich **5 Themenbereiche** behandelt:

- ⇒ Internationale Ungleichgewichte
- ⇒ 2-Säulenstrategie der EZB
- ⇒ Arbeitsmarkt
- ⇒ Gesundheitsreform
- ⇒ Unternehmenssteuerreform

Internationale Ungleichgewichte

- derzeit gibt es erhebliche Unterschiede der Leistungsbilanzen: z.B. USA ca. –900 Mrd., während China geschätzte 1 Billion Euro Devisenreserven hat
- die Gründe der **Leistungsbilanzdefizite** liegen z.T. in politischen Entscheidungen (Fiskalpolitik); wie wird der Anpassungsprozeß aussehen?
 - ⇒ entweder wird es einen Erdrutsch geben oder ein graduelle Abschwächung des Dollars, was Dr. Franz für wahrscheinlicher hält
 - ⇒ derzeit gibt es eine Stütze durch den Ankauf amerikanischer Staatspapiere durch asiatische Staaten
 - ⇒ gewünscht wären höhere Zinsen in den USA, damit dort die Sparquote steigt

2-Säulenstrategie der EZB

- 1. Säule = direktes Inflationsziel
- 2. Säule = monetäres Ziele durch Beeinflussung der Geldmengenaggregate
- statt der angestrebten Inflation „unter 2% aber nahebei“ waren es 2,2% (wesentlich wg. gestiegenen Ölpreises), trotzdem machte die EZB erfolgreiche Politik – die erfolgreiche Strategie sollte man beibehalten

Arbeitsmarkt

- die **konjunkturbedingte** (nachfragebedingte) **Arbeitslosigkeit** wird abgebaut, aber die verfestigte (strukturelle) Arbeitslosigkeit bleibt, – die beiden Problemgruppen bleiben:
 - ⇒ Geringqualifizierte
 - ⇒ Langzeitarbeitslose (BRD: 40%¹, USA: 10% der gesamten Arbeitslosen)
- Anfrage der Bundesregierung an den SVR für eine Sonderexpertise zum **Kombilohn** (Ende Aug. geliefert)
 - ⇒ Kombilohn ist ein Arbeitsentgelt zzgl. staatlicher Zuzahlung, zahlbar an den AG oder den AN
 - ⇒ das ALG II ist derzeit schon ein Kombilohn (es gibt aktuell ca. 400.000 „Aufstocker“)
 - die Reform könnte darum am ALG II ansetzen, zumal dann die ohnehin benötigte Bedürftigkeitsprüfung nicht nochmals durchgeführt werden müßte
 - ALG II ist eine Fürsorge- keine Versicherungsleistung
 - ⇒ für die 345,- sollte man aber arbeiten, dabei dürften dann aber bei Überschreitung nicht mehr nur 1/5, sondern die Hälfte behalten werden (weitverbreiteter Halbteilungsgrundsatz)
 - wer arbeitsfähig nicht arbeitet (weder Arbeit im 1. Arbeitsmarkts noch Annahme einer Tätigkeit einer „Arbeitsgelegenheit“²) muß eine 30%ige Kürzung³ hinnehmen
 - ⇒ die Löhne im unteren Segment müßten weiter sinken, damit die Firmen eine der Arbeitsleistung von Geringqualifizierten entsprechende Entlohnung vornehmen können und so neue Kräfte einstellen können – dafür müssen aber die Tarifparteien mitspielen
 - auch bei auf diese Weise weiter gesunkenen unteren Einkommen bleibt durch die Aufstockung durch ALG II das Mindesteinkommen gesichert
- der Rüttgers-Vorschlag ist abzulehnen: die Arbeitslosenversicherung ist eine Risikoversicherung, keine Ansparversicherung

Gesundheitsreform

- erstmals gebrauchte der SVR ungewohnte Worte für die Beurteilung des Gesundheitsfonds: „Mißgeburt“
- Idee des Gesundheitsfonds: alle AG überweisen AG- und AN-Anteile in einen Fond
 - ⇒ Fond überweist Pauschalvertrag pro gesetzlich Versichertem an die Krankenversicherungen
 - ⇒ eine „Überforderungsklausel“ begrenzt die Zuzahlung als Pauschalbetrag oder Prozentsatz des Haushaltseinkommens
 - damit ist der Wettbewerb zwischen den Kassen ausgeschaltet
 - Prüfung des Haushaltseinkommens ist Problem
 - negative Selektion bei Kassen mit vielen schlechten Risiken, da die guten Risiken abwandern während die schlechten gedeckelt sind

Unternehmenssteuerreform

- das Entlastungsvolumen von 29 – 24 Mrd. Gegenfinanzierung = 5 Mrd. Euro ist zu gering

¹ dabei sind 3/4 davon ALG II - Empfänger

² **Arbeitsgelegenheiten** sollten dann ungefähr den jetzigen 1-Euro-Jobs entsprechen, wobei man aber nur max. 30 h arbeiten sollte, um sich weiter um eine Stelle im 1. Arbeitsmarkt kümmern zu können

³ Es besteht ein verfassungsmäßiges Recht auf das Existenzminimum, darum wurde vom SVR ein Gutachten eines Verfassungsrechtlers eingeholt, bevor der Vorschlag gemacht wurde. Demnach ist der Vorschlag OK, da jeder den vollen Regelsatz bekommen kann.

- Körperschaftssteuer incl. Gewerbesteuer beträgt jetzt ca. 30% statt vorher 38%; das führt zu einer höheren Standortattraktivität, aber das Maß der Entscheidungsneutralität sinkt
 - ⇒ unternehmerische Entscheidungen sollten rein betriebswirtschaftlich begründbar sein und nicht aus steuerlichen Gründen erfolgen (Wohlfahrtsverlust!⁴)
 - ⇒ durch die Abgeltungssteuer von 25%, die direkt von den Instituten an das Finanzamt geleitet wird, findet eine Entlastung mittelständischer Kapitalgesellschaften statt

⁴ Unter einem **Wohlfahrtsverlust** (auch Nettowohlfahrtsverlust, Allokationsverlust, Zusatzlast der Steuer, Steuerkeil, dead-weight loss, excess burden) versteht man in diesem Zusammenhang den durch eine Marktstörung im Vergleich zur Situation vollkommener Konkurrenz verursachten Verlust an Konsumenten- und Produzentenrente. Die Ursache für den Verlust an Wohlfahrt ist jeweils, dass die gehandelte (= produzierte) Menge von der pareto-optimalen Menge abweicht, die sich auf einem vollkommenen Konkurrenzmarkt im Gleichgewicht einstellt.

Da man den Wohlfahrtsverlust (zumindest theoretisch) wertmäßig berechnen kann, können die Kosten von Markteingriffen wie Steuern, Höchstpreisen, Zöllen oder Marktversagen (z. B. aufgrund von monopolistischen Strukturen oder externen Effekten) berechnet werden. Der Wohlfahrtsverlust ist jedoch u. a. wegen der partialanalytischen Betrachtung ein nicht unproblematisches Maß.

[wikipedia]

Würde ein Kaffetrinker wegen steigender Preise auf Tee umsteigen, so wäre er insgesamt zufrieden, erführe aber einen Wohlfahrtsverlust, weil er nicht mehr das täte, was er eigentlich tun will.